

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 186 (2020)

**Heft:** 11

  

**Artikel:** Weitsichtiges Bekenntnis der Schweiz zur Sicherheit

**Autor:** Holenstein, Stefan

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-905666>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 16.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Weitsichtiges Bekenntnis der Schweiz zur Sicherheit

**Das Schweizer Volk stimmte am 27. September 2020 der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu. Damit hat der Souverän einen wichtigen Grundsatzentscheid gefällt: Die Schweiz kann ihren Luftraum, ihr Land und ihre Bevölkerung in den nächsten rund 40 Jahren selbst schützen und so einen bedeutenden Beitrag auch zur Sicherheit Europas leisten. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) nimmt das weitsichtige Ja erfreut zur Kenntnis.**

Oberst i Gst Stefan Holenstein, Präsident SOG



Das Ergebnis fiel bei einem hauchdünnen Volksmehr von 50,1% sehr knapp aus. Aber der positive demokratische Entscheid steht fest, und immerhin weisen 18 Kantone und Halbkantone Mehrheiten auf. Dass es letztlich gereicht hat, ist unter anderem – ich füge dies nicht ohne Stolz an – dem unermüdlichen und beherzten Einsatz unserer Sektionen, der kantonalen und Fach-Offiziersgesellschaften in den Stützpunkten sowie dem SOG-Vorstand im nationalen Pro-Komitee zu verdanken. Wir haben damit eine vorentscheidende Hürde in der Evaluation der vier Flugzeugtypen erfolgreich genommen. Nun sind das VBS und seine Spezialisten gefordert, den Prozess bis im Frühjahr 2021 sauber und transparent durchzuführen, ungeachtet der Störfeuer, welche die Armeegegner bereits wieder entfachen.

## Kein Plebiszit gegen die Armee

Die SOG versteht den engen Entscheid keineswegs als Plebiszit gegen die Armee. Gemäss den jährlichen ETH-Umfragen steht das Schweizer Volk hinter der Miliz-

armee. Trotzdem: Vor dem Hintergrund der wohl noch lange schwelenden Corona-Krise scheint sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung zu fragen, ob 6 Mrd. CHF für eine Flugzeugbeschaffung angemessen und gerechtfertigt sind. Offenbar liessen sich die kritischen Bevölkerungssegmente aufgrund dieser Vorbehalte leichter mobilisieren; das überladene Abstimmungsfuder vom 27. September dürfte zusätzlich eine Rolle gespielt haben. Jedenfalls zeigt uns dieses Signal, dass wir die Dringlichkeit und Sinnhaftigkeit der Beschaffung nicht genügend aufzeigen und unsere Zielgruppen teilweise überhaupt nicht erreichen konnten.

## Beunruhigende Spaltung der Gesellschaft

Sorgen bereitet der SOG die Tatsache, dass die Kampfjet-Thematik die Schweizer Gesellschaft derart spaltet. So liegen in den urbanen Regionen der Schweiz die sicherheitspolitischen Prioritäten völlig anders als in den ländlichen Gebieten. Dasselbe gilt ebenso deutlich für die deutsche und die lateinische Schweiz, letztere mit teilweise wuchtigen Nein-Stimmen-Anteilen. Dieser Graben muss ebenso überbrückt werden wie derjenige zwischen der älteren und der jüngeren, eher

beschaffungskritischen Generation. Ein weiteres bekanntes Muster: Die Mehrheit der Frauen stimmte gegen neue Kampfjets. Um diese sich akzentuierenden Spaltungstendenzen zu überwinden, braucht es vermehrte Anstrengungen aller Akteure, sei es der politischen Parteien, der Wirtschaftsverbände, des VBS, der Armee, der Milizorganisationen, aber auch der Medien. Sicherheit muss in der Schweiz als gemeinsame und dauerhafte Aufgabe wahrgenommen werden. Es reicht nicht, sie bloss alle paar Jahre im Vorfeld von Urnengängen ins Blickfeld zu rücken.

## Sicherheitspolitischer Dialog nötig

Nutzen wir nach dem denkwürdigen Abstimmungssonntag die Gelegenheit, eine grundsätzliche Debatte über das Thema Sicherheit in der Schweiz zu lancieren. Wichtig wäre nun eine ganzheitliche Auseinandersetzung über die Frage, was die Sicherheit für die Schweiz ausmacht, und über die Rolle der Schweiz im europäischen Kontext, vornehmlich mit den Nachbarn im zentralen Alpenraum. Denn eines machte die Schweiz mit dem Ja zu neuen Kampfjets auch klar: Sie ist gewillt, ihre Souveränität und Neutralität zu verteidigen, womit sie weiterhin das Vertrauen der Nachbarstaaten und den Respekt der internationalen Gemeinschaft genießt. Der sicherheitspolitische Dialog bildet zudem eine Chance für die Milizorganisationen, ihren Einfluss bei den anstehenden Herausforderungen noch effektiver und sichtbarer einzusetzen und so breite Bevölkerungsteile für sicherheitspolitische Anliegen zu sensibilisieren. Die Miliz muss künftig noch an Bedeutung gewinnen – spielen wir diese wichtige Karte! ■

## Idee des Bürgerdienstes – alter Wein in neuen Schläuchen?

Die FDP-Fraktion hat im September recht überraschend eine Motion zur Einführung eines Bürgerdienstes, also einer Dienstpflicht für Männer und Frauen, beschlossen. Die Idee ist nicht neu. Es wird nun ins Feld geführt, der Bürgerdienst sei ein praktikabler Anstoss zur Weiterentwicklung des Milizsystems und ein Lösungs-

ansatz für die Behebung der dramatischen Alimentierungsmisere in Armee und Zivilschutz. Der Bürgerdienst mag diesbezüglich gewisse Chancen eröffnen, aber nur, wenn er sich auf die Bedürfnisse der Sicherheitspolitik konzentriert und das Wehrpflichtmodell nicht aushebelt. Vor-sicht ist einstweilen geboten.